

Medienmitteilung vom 14. März 2013

Hausgemachte Defizite aufgrund verfehlter bürgerlicher Steuersenkungspolitik Kantonsrechnung 2012

Der Jahresabschluss 2012 präsentiert die bittere Rechnung für die verfehlte Steuersenkungspolitik der letzten Jahre. Obwohl die finanzpolitisch schwierige Lage des Kantons Bern absehbar war, wurden munter Steuern gesenkt. Gegen diese verantwortungslose Politik wehren sich die Grünen. Als fatal erachten es die Grünen, wenn mit dem ASP 2014 das strukturelle Defizit allein durch Angebots- und Struktur Anpassungen bereinigt werden soll. Die Grünen wehren sich gegen ein noch nie dagewesenes Abbauprogramm von rund 450 Mio. Franken, welches den Kanton Bern nachhaltig schwächen würde.

Ein Loch von rund 200 Mio. Franken in der Staatsrechnung 2012 aufgrund tieferer Steuereinnahmen: Damit bewahrheitet sich leider eine Prognose, welche die Grünen bereits seit der Steuergesetzrevision im Jahr 2010 machen. Der Kanton Bern konnte und kann sich Steuersenkungen nicht leisten. Neben bekannten externen Faktoren wie einer Verschiebung von 300 Mio. Franken im Krankenversicherungsbereich vom Bund an den Kanton, sind die Gründe für das Defizit hausgemacht. Während die Aufwendungen im vorgesehenen Rahmen sind, verliert der Kanton rund 200 Mio. Steuererträge insbesondere von natürlichen Personen. Schwarz auf weiss steht im Expertenbericht (BAKBasel, Dezember 2012), "dass diese Steuersenkungen zum falschen Zeitpunkt kamen bzw. der Kanton sich diese eigentlich nicht leisten konnte." Die frühzeitigen Warnungen der Grünen wurden von der bürgerlichen Grossratsmehrheit ignoriert. Die heute präsentierten Zahlen geben den Grünen - leider - Recht.

Die - auch im interkantonalen Vergleich - äusserst rigide Schuldenbremse zwingt nun zum Abbau des Fehlbetrages. Damit dies nicht noch mehr zum Bumerang wird, unterstützen die Grünen den Antrag der Regierung, den Fehlbetrag über vier Jahre abzutragen und appellieren an die 3/5-Koalition der Vernunft im Grossen Rat.

Wie die ersten Ergebnisse im Rahmen der Aufgaben- und Strukturüberprüfung ASP 2014 zeigen, hat der Kanton Bern nicht zu hohe Ausgaben. Diese liegen im schweizerischen Schnitt. Problematisch ist die tiefe Finanzkraft des Kantons Bern, die auch mit dem NFA-Finanzausgleich nur bei 85 Prozent gegenüber dem Durchschnitt in der Schweiz liegt. Für die Grünen haben daher Strategien höchste Priorität, welche die Wirtschaftskraft des Kantons nachhaltig verbessern (Förderung erneuerbarer Energien / Energieeffizienz, Bildung und Forschung) und damit eine Trendwende ermöglichen. Für fatal erachten es die Grünen, wenn das selbstverursachte Defizit von rund 450 Mio. Franken allein durch Leistungsabbau reduziert werden soll. Daher verlangen die Grünen auch Massnahmen auf der Einnahmenseite.

Nicht mehr verantwortbar sind weitere Ertragsausfälle. So z.B. der Verlust von jährlich 120 Mio. Steuerfranken, wie sie der Hauseigentümerverband aktuell mit der Abschaffung der Handänderungssteuer fordert. Oder die Vorstösse Müller (FDP) und Brand

(SVP), welche in der Märzsession eine massive Senkung der Unternehmenssteuer fordern. Das hätte weitere Steuerausfälle von 200 Mio. Franken zu Folge. Die Grünen lehnen diese Forderungen als verantwortungslos ab.

Die Grünen wehren sich gegen einen drastischen Abbau bei Bildung, Gesundheit, sozialer Sicherheit, öffentlichem Verkehr, etc. Damit würde der Kanton Bern weiter ausgeblutet und nachhaltig geschwächt. Die Grünen rufen dazu auf diesen Samstag, 16. März, mit der Kundgebung der Personalverbände "Stopp Abbau - Perspektiven für den Kanton Bern" ein starkes Zeichen zu setzen.

Für weitere Auskünfte:

Natalie Imboden, Grossrätin Grüne, 079 706 62 84